

„Vor Gott und den Menschen“
Politisches Handeln in der säkularen Gesellschaft
Abdul Hadi Christian H. Hoffmann
Ökumenischer Kirchentag, Berlin, Samstag, 31. Mai 2003,
Thomaskirche

Mein persönlicher Weg zum Engagement.....	1
Politisches Handeln von Muslimen in Deutschland und in der Welt	2
Christen und Muslime und die säkulare Gesellschaft.....	4
Die institutionelle Säkularisierung.....	4
Die ideelle Säkularisierung.....	5
Säkularisierung: eine Schablone, die nicht passt	5
Politik im Namen Gottes.....	6
Gemeinsam für eine bessere Welt.....	7

Mein persönlicher Weg zum Engagement

In unserer Familie haben Religion und Politik immer eine Rolle gespielt: großväter-väterlicherseits sind wir Ansbacher Franken: Unser Familie beginnt, als ein Priester exkommuniziert wird, weil er Anhänger Martin Luthers ist.

Im Bereich des politischen Handelns haben z. B. mütterliche Vorfahren eine Kutsche der Stafette gestellt, die Kinkel aus der Spandauer Festungshaft an die Ostsee brachte, wo er an Bord eines Schiffes in die USA ging.

Die Familie war immer, soweit man sich erinnern kann, demokratisch eingestellt und republikanisch orientiert: meine Großmutter aus Hannover war hoch geachtet, weil sie dem deutschen Kaiser den Hofknicks verweigerte.

Ich selber ging auf ein internationales Gymnasium, dass mit finanziellen Mitteln aus den USA erbaut wurde und in dem ich Schulkameraden aus 44 verschiedenen Ländern hatte.

1964 ging ich in England in die Schule und erlebte, wie Labour die Konservativen ablöste. 1969 verbrachte ich in einige Zeit in San Francisco und sah, wie beim ersten Vietnam-Moratorium gut gekleidete Bürger sich gegen ihre Regierung wandten.

Es war immer klar, dass es eine Verpflichtung für mich sei, etwas für die Gesellschaft, in der ich lebte zu tun und mich politisch zu engagieren. Kennedy war das leuchtende Vorbild.

Die demokratische Ordnung des Westens war für mich die einzig akzeptable Regierungsform. Der Text der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung war mein Leitsatz:

“We hold these truths to be self-evident: That all men are created equal; that they are endowed by their Creator with certain unalienable rights; that among these are life, liberty and the pursuit of happiness;...”

und: “...that, to secure these rights, governments are instituted among men, deriving their just powers from the consent of the governed; that whenever any form of government becomes destructive of these ends, it is the right of the people to alter or to abolish it, and to institute new government, (laying its foundation on such principles, and organizing its powers in such form, as to them shall seem most likely to effect their safety and happiness...)”

In rund 22 Jahren als Mitglied der CDU kam ich auf über 30 Jahre Vorstandsposten und in 17 Jahren als Angestellter der CDU war ich Teil einer Mannschaft, die Helmut Kohl auf seinem Weg aus Rheinland-Pfalz in das Kanzleramt unterstützte.

Das alles hatte ein Ende, nachdem ich 1989 das Bekenntnis zum Islam abgelegt hatte. Anonyme Briefe gaben diese Tatsache an die Presse weiter (die übrigens nicht darüber schrieb). Durch mein Engagement für Bosnien ließ sich meine religiöse Entscheidung nicht weiter verheimlichen. Morddrohungen setzten ein (Volksverräter gehören erschossen) und Probleme am Arbeitsplatz führten dazu, dass ich die Politik hinter mir ließ.

Dabei war der Grund, mich zum Islam zu bekennen, rein privat und religiös gewesen: Ich hatte nie die Idee der Erbsünde verstanden, weil ich nicht einsehen konnte, dass der Mensch als Geschöpf Gottes schuldig geboren sein sollte. Und als ich herausfand, dass es im Islam die Erbsünde nicht gab, Jesus Prophet und nicht Sohn Gottes und Erlöser ist, Gott in Form eines reinen Monotheismus angebetet wird, war für mich die Entscheidung klar.

Politisches Handeln von Muslimen in Deutschland und in der Welt

Es war mir klar, dass sich durch diesen Schritt meine Lebensweise völlig ändern würde. Ich war aber nicht darauf gefasst, dass ich in wenigen Jahren meine Bekanntschaften und Freundschaften zu 95% austauschen würde und ich hatte keine Ahnung, was diese Entscheidung für mein politisches Engagement bedeuten würde.

1989 war wohl nicht die beste Zeit für diesen Schritt: Die iranische Revolution war noch in aller Erinnerung, kurz darauf folgte der erste Golfkrieg, die Sowjetunion brach zusammen, ein neues

Feindbild - der Islam - kam gerade Recht und traf auf Menschen, die in 14 Jahrhunderten christlicher Geschichtsschreibung alles andere als sachliche Information über den Islam erhalten hatten. Neben vielen anderen Unterstellungen und Vorurteilen trafen mich persönlich die Vorwürfe an heftigsten, die sagten, Muslime sind eine Gefahr für die deutsche Gesellschaft, sie können keine Demokraten sein, Demokratie und Islam vertragen sich nicht (auch auf der islamischen Seite zu finden).

Ich fand mich in einer Lage, erklären zu müssen, dass Muslime sehr wohl auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und sich in der Demokratie engagieren können. Es war noch ein langer Weg bis zur Islamischen Charta des Zentralrates der Muslime (ein langer Weg auch bis zur Gründung des Zentralrates im Herbst 1994), die im Februar 2002 veröffentlicht wurde und in der sich die Muslime klar zur Demokratie und zum Mehrparteien System bekennen.

Um etwaigen Einwänden von vorneherein zu begegnen, diese Charta sei ja nur ein unbedeutendes, nicht-repräsentatives Papier möchte ich sie mit zwei weiteren Dokumenten vertraut machen, die die gleichen Aussagen zum Inhalte haben:

- 1) die Fatwa (religiöses Gutachten) des Präsidenten des Islamischen Rechtsausschusses von Nordamerika, Taha Jabir Al Alwani in der es heißt, dass Muslime nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, sich in der Demokratie zu engagieren.
- 2) die Empfehlungen der Cairo Declaration, die von einer Konferenz von Vertretern und Vertreterinnen von rund 70 islamischen und nicht-islamischen Ländern am 12. Mai 2003 einstimmig verabschiedet wurde und in der es heißt:
„The Islamic shura system incorporates the most appropriate forms of democracy. Hence the Conference calls upon Islamic countries to adhere to true democratic norms, particularly: impartial elections, to promote the multi-party system and eliminate any obstacles before it, and to provide a suitable environment for the rotation of power, creating independence of judiciary systems and securing human rights.,,

Hinzuzufügen wäre noch, dass die Zahl der Muslime, die Mitglieder deutscher Parteien werden, wächst. Zu vermuten ist allerdings auch, dass im Vergleich zu Großbritannien, wo es nicht nur drei Muslime im House of Lords und z. B. eine Vielzahl vom muslimischen Bürgermeister gibt, es in Deutschland noch eine Weile dauern wird, bis dieser Standart erreicht wird.

Der Blick in die islamische Welt zeigt, dass der Weg zur Umsetzung dieser Forderung noch weit ist, dennoch muss gesehen werden, dass das Land mit der größten Anzahl von Muslimen –

Indonesien – eine demokratische Regierungsform hat, ebenso Bangladesch, der Iran, Pakistan und Algerien bis zum Putsch, und dass es in vielen Ländern zumindest beratende Versammlungen und Volksabstimmungen gibt.

Christen und Muslime und die säkulare Gesellschaft

Wir haben uns bis jetzt in einem pragmatischen Ansatz auf die Handlungsweisen von Muslimen konzentriert und das „Grundsätzliche“, um das es offensichtlich in Deutschland immer gehen muss, d. h. hier die Beschreibung und Analyse der Gesellschaft als säkulare Gesellschaft und die „grundsätzliche“ Haltung der Muslime dazu zunächst außer Acht gelassen. Das soll nun nachgeholt werden.

Zunächst ein Rückblick: Seit dem Einmarsch Napoleons in Ägypten, d. h. also seit etwas über zweihundert Jahren, beschreiben und bewerten Menschen aus dem Westen die islamische Welt mit Begriffen, die aus der westlichen Geschichte zu verstehen sind. Viele Muslime reagieren darauf, indem sie den Menschen aus dem Westen auf der Ebene dieser Begriffe antworten, sie befürworten oder ablehnen, ohne zu berücksichtigen, dass diese Begriffe gar u. U. nicht passen. „Säkularisation“ ist in diesem Sinn ein zentraler Begriff.

Menschen aus dem Westen fordern von den Muslimen, sie müssten sich säkularisieren, lernen, Staat und Kirche, Religion und Politik zu trennen, damit eine Entwicklung des Westens nachvollziehen, um aufgeklärt und damit für Demokratie und Menschenrechte reif zu werden.

Muslime antworten darauf mit der Aussage, das im Islam Religion und Politik nicht zu trennen sei, sie haben dazu die Formel von „din wa daula“, die es Qur’an überhaupt nicht gibt, entwickelt. Mit dieser Aussage grenzen sie sich ab und aus, halten ihre eigene religiöse Überzeugung hoch und sie merken gar nicht, dass sie damit in eine semantische Falle des Westens tappen.

Dabei ist zunächst festzustellen, dass es zwei grundlegende Formen der Säkularisierung gibt: die institutionelle und die ideelle und sich die Säkularisierung in Geschichte und Gegenwart durchaus nicht so verwirklicht hat, wie es die vorgefassten Meinungen in der westlichen und der islamischen Welt gerne hätten. Außerdem müssen wir prüfen inwieweit das gedankliche Konzept der Säkularisierung überhaupt auf die religiöse Botschaft des Islam anwendbar ist.

Die institutionelle Säkularisierung

Wir kennen die Geschichte: In der christlichen Welt hat sich die Volksbewegung von unten (Höppner) schnell zu einer Kirche verfestigt, die der weltlichen Macht die Oberherrschaft streitig machte. Und wir kennen die herrschende Meinung, dass die Lösung dieses Problems in der institutionellen Trennung von Kirche und Staat gefunden wurde. Allerdings weise ich darauf hin, dass es eine tatsächliche Säkularisation nach dem Muster des französischen Laizismus weder in England (Staatsoberhaupt ist Oberhaupt der Staatskirche) und Deutschland gibt (Kirchensteuer, Religionsunterricht in den Schulen, staatlich verordnete religiöse Feiertage). Die institutionelle Säkularisierung ist also nur zum Teil vollzogen.

Wir wollen jetzt einmal die Frage außer Acht lassen, ob es im Islam „Kirchen“ oder nur Strukturen und Hierarchien von Religionsgelehrten gibt, so dass überhaupt die Grundlage besteht, das Modell zu übertragen. Tatsache ist, dass es nach dem Propheten Muhammad und der Regentschaft der ersten vier („rechtgeleiteten“) Kalifen in der islamischen Welt nur in den seltensten Fällen die Einheit von weltlicher Macht und religiöser Autorität gegeben hat. Kalifen und Sultane waren fast nie selber auch Emire oder Religionsgelehrte, sondern ließen sich ihre Legitimation von diesen bestätigen. Mit anderen Worten, in der Geschichte des Islam hat es überwiegend eine institutionelle Säkularisierung gegeben. Heute gibt es Systeme, die dem der Bundesrepublik gleichen: Symbiose von staatlichen und religiösen Institutionen.

Die ideelle Säkularisierung

Im Bereich der ideellen Säkularisierung lässt sich für die Bundesrepublik feststellen, dass sie sich zwar als säkularisiert definiert, aber dem überwiegenden Verhalten von Menschen und Politikern nach, immer noch exklusiv religiös und kulturell christlich orientiert ist. Man denke nur an die Vielzahl der Politiker und Stammtischstrategen, die das „christliche Abendland“ durch den Islam bedroht sehen.

Säkularisierung: eine Schablone, die nicht passt

Viel wichtiger ist es jedoch zu fragen, ob wir bei den spezifischen Inhalten der Religion des Islam mit dem gedanklichen Ansatz der westlichen Säkularisierung überhaupt weiterkommen. Lassen sich mich die zentralen Inhalte des Islam in drei Punkten zusammenfassen:

Die Botschaft des Qur'an enthält:

- 1) religiöse Verheißungen: Mensch, ohne Sünden geboren und grundsätzlich dazu in der Lage, gut zu sein, individuelle Verantwortung seines Handelns vor Gott, Rechenschaft an Tag des Jüngsten Gerichts.

- 2) Gebote und Verbote – entsprechend dem Christentum – z. B. nicht zu töten, Vater und Mutter zu ehren...
- 3) Im Gegensatz zum Christentum, oder besser: darüber hinaus, auch Sanktionen, die auf der Erde auszuführen sind, inklusive das Strafmaß dafür.

Hier stellt sich nun für die Muslime die zentrale Frage: Wie sollen diese Sanktionen durchgeführt werden. Und damit stellt sich die Frage von Gesellschaft, Regierung und Justiz – wenn man einmal von Selbstjustiz im Bereich der Individuen absieht.

Die Beschäftigung mit dieser Frage hat zu mehreren Rechtsschulen geführt, die in verschiedenen Teilen der Erde zur Ausführung kommen, eine neuere Rechtsschule (fiqh) für Minderheiten sagt klar, dass im Bereich all dessen, was über die individuelle Ausübung des Glaubens hinausgeht, die Rechtsvorschriften des jeweiligen (westlichen) Landes gelten. Aber all dies beantwortet noch nicht die Frage, ob und inwieweit das westliche Modell der „Privatisierung“ der Religion mit den Aussagen des Qur’an in Übereinstimmung zu bringen ist.

Ich denke, für Muslime, die den Aussagen des Qur’an gemäß leben wollen, geht es dabei nicht überhaupt nicht um die Einführung eines „Gottesstaates“ – Muslime haben mit dem „Staat“, wie es das westliche auf der griechischen Tradition beruhende Denken kennt, herzlich wenig zu tun. Es geht ausschließlich darum, die islamische Gesellschaft in eine Ordnung zu bringen, in der die Vorschriften des Qur’an gelten.

Ob die strafrechtlichen Sanktionen dann tatsächlich angewendet werden, ist die zweite Frage: schon in der Frühphase der islamischen Welt, zur Zeit der so genannten recht geleiteten Kalifen, wurden gewisse strafrechtliche Vorschriften ausgesetzt. Malaysia bezeichnet sich heute als islamischen Staat, ohne die strafrechtlichen Teile des Qur’an anzuwenden. Hier gibt es Beratungsbedarf und Entscheidungsfreiheit.

Politik im Namen Gottes

Zum Schluss noch ein Wort zu denen, die sich unter Berufung darauf, den „Willen Gottes zu vollziehen“, der Verantwortung „vor den Menschen“ entziehen wollen. Ihnen gilt es, heftig zu widersprechen, denn für Sie gilt jenes Wort aus dem Qur’an, dass klar festlegt, dass jeder Mensch in einer Situation der Unsicherheit handelt, weil er nicht weiß, ob Gott ihn nicht vielleicht prüft und in die Irre gehen lässt.

Im Koran heißt es: „Und Allah führt irre, wen er will, und leitet recht, wen er will.“ (Sura 14:4) oder in der Übertragung von Ahmad von Denffer: „und Allah lässt fehlgehen, wen Er will, und leitet recht, wen Er will.“

Mit anderen Worten: Auf Erden kann kein Muslim unter Berufung darauf, dass er Gottes Willen vollzieht, von sich behaupten, er habe recht gehandelt und sich deshalb der Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen entziehen, denn er weiß nicht, ob es nicht Allahs Wille war, ihn fehlgehen zu lassen.

Und hier schließt sich der Kreis zwischen Nicht-Muslimen und Muslimen: Für Muslime, wie für Nicht-Muslime gilt, dass sie ihre Entscheidungen im Zustand der Ungewissheit treffen: In diesem Sinne gesehen, ist die Ausgangslage zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen – was die Notwendigkeit, Entscheidungen in Verantwortung vor Gott und den Menschen zu treffen, angeht – gleich und das Verfahren der Demokratie bietet die Möglichkeit, dass sich die Menschen in einer modernen Massengesellschaft an der Entscheidungsfindung beteiligen können.

Gemeinsam für eine bessere Welt

Ich möchte schließen mit einem kurzen Ausblick darauf, wie ich mir eine gemeinsame Zukunft vorstelle:

Wir Muslime und Christen müssen akzeptieren, dass die Probleme dieser Welt in der Tat unsere gemeinsamen Probleme sind und wir deshalb die Lösungen gemeinsam erarbeiten müssen, in sha'Allah, so Gott will.

Lassen sie mich einige Probleme benennen:

- Wir sind den schlimmen Folgen der finanziellen Globalisierung ausgesetzt.
- Wir verschwenden unsere Ressourcen, statt uns auf eine Lebensweise zu konzentrieren, die Energie schont, statt sie zu verschwenden.
- Menschen versuchen immer reicher zu werden, statt ihren Reichtum zu teilen.
- Menschen versuchen immer mehr Macht anzusammeln statt ihre Macht zu teilen.

Ich denke, wir sollten diese Probleme in der Verantwortung vor Gott und den Menschen gemeinsam angehen und das unsere tun, dass die Erde ein bewohnbarer Planet bleibt. Ich vertraue dabei darauf, dass Gott uns helfen wird, denn im Qur'an wird gesagt:

„Allah hilft nur dem Volk, das sich selber bemüht, seine Lage zu ändern: ,Dies, weil Allah niemals seine Gnade, mit der Er ein Volk begnadet hat, ändert, bis sie selbst das ändern, was in ihrem Innern ist, und weil Allah alles hört und weiß.“ (Surah 8:53)